

# Stoppt das Morden in Gaza

## Massenbewegung nötig, um die Angriffe Israels zu beenden

Über 1,5 Millionen Menschen leben in Gaza, einem „Gefängnis unter freiem Himmel“. In den letzten 16 Monaten hat die Blockade durch Israel den Alptraum noch schlimmer werden lassen: 80 Prozent sind arbeitslos, die Mehrheit leidet an Unterernährung. Nun bombardieren die „Gefängniswärter“ das Gefängnis und entsenden Truppen, was zum Tod von Hunderten PalästinenserInnen, darunter vielen Kindern, führt.

### Westliche Regierungen = Komplizen

Die Bevölkerung Gazas erlebt die Hölle auf Erden. Und es droht eine Eskalation des Krieges, die dazu führen kann, dass der ganze Nahen Osten erfasst wird.

Die Bundesregierung und alle anderen westlichen Regierungen haben es bisher abgelehnt, die israelischen Kriegstreiber zur Beendigung des Blutbads zu zwingen. Kein Wunder, ihre Besatzungspolitik in Afghanistan zeichnet sich zum Beispiel durch eine ähnliche Brutalität aus.

Das Weiße Haus hat die Hamas für den Krieg verantwortlich gemacht. Hinsichtlich der Bombardierungen durch Israel schweigt man jedoch - wie schon vor zwei Jahren im Libanon.

Die westlichen imperialistischen Mächte beschreiben das Gemetzel der israelischen Armee im besten Fall als „übertrieben“ und „unverhältnismäßig“. „Unverhältnismäßig“ ist eine entsetzliche Untertreibung. Seit Beginn des Massakers liegt das Verhältnis der toten PalästinenserInnen zu den toten Israelis bei 100:1.

Die israelische herrschende Klasse schert sich nicht um die Menschen in den Ortschaften, die nahe der Grenze zu Gaza liegen. Sie nutzt aber ihre Notlage aus, um Bombardierungen und Bodentruppen zu rechtfertigen - die in Wirklichkeit aus ganz anderen Gründen durchgeführt werden. Im Hinblick auf die am 10. Februar stattfindenden Wahlen fühlt sich die Regierung durch den Verlauf des Libanon-Krieges von 2006 gedemütigt. Jetzt versucht sie sich mit Hilfe dieses großangelegten Gemetzels an den PalästinenserInnen vor einer Niederlage bei den anstehenden Wahlen zu retten. Um diesen Krieg zu provozieren, hat die israelische Regierung den Waffenstillstand mit Absicht gebrochen, als sie im November sechs Hamas-Kämpfer tötete.

Außerdem lenkt der Waffengang die Aufmerksamkeit von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Israel und weltweit ab. Keine der etablierten Parteien kann einen Weg aufzeigen, wie Arbeitsplätze und Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung garantiert werden können.

### Die Führer der Arabischen Liga

Abbas von der Fatah und die Führer der Arabischen Liga verurteilen das Massaker verbal. Bei der Aushungerung der Bevölkerung Gazas durch die 16 Monate anhaltende israelische Belagerung machten sie sich aber mitschuldig. Die arabischen Regime lassen sich vom Imperialismus ihre Politik diktieren.

Mubaraks Regierung in Ägypten kollaborierte beim Freiheitszug der PalästinenserInnen, da es den Warenaustausch und den Grenzübertritt von Menschen an der ägyptischen Grenze zu Gaza verhindert. Mubarak traf sich sogar mit der israelischen Außenministerin Livni noch am Tag vor Beginn der israelischen Angriffe.

### Massenproteste entscheidend

SozialistInnen verteidigen das Recht der PalästinenserInnen auf einen bewaffneten Widerstand gegen die brutale Besatzung. Viele PalästinenserInnen betrachten die Raketenangriffe durch die Hamas auf israelische Ortschaften als das beste Mittel. Diese Angriffe können den israelischen Staat jedoch nicht in die Knie zwingen. Die SAV - die Teil des CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) ist - lehnt diese Raketenangriffe ab. Sie treiben nur die israelischen Massen in die Arme ihrer prokapitalistischen und militaristischen Regierung.

Die Hamas hat keine erfolgsversprechende Strategie, die Besatzung zu überwinden. Sie verfolgt keine anti-kapitalistische und sozialistische Politik.

Alle wichtigen Errungenschaften, die in der Geschichte des palästinensischen Befreiungskampfes erreicht wurden, waren das Ergebnis einer aktiven Mobilisierung der Massen der PalästinenserInnen. Das sollte fortgesetzt und mit dem Aufbau demokratischer Selbstverteidigungskomitees, organisiert und kontrolliert durch ArbeiterInnen, Erwerbslose, Jugendliche selber, verbunden werden.

SozialistInnen treten für den Aufbau der Antikriegsbewegung ein - im Nahen Osten wie international. Wir rufen zu Massenaktionen auf, um die Grenzen zu durchbrechen, die Gaza abriegeln. So sollten palästinensische wie ägyptische ArbeiterInnen und Jugendliche zum Beispiel die Grenze bei Rafah durchbrechen. In Israel haben immerhin auch schon 10.000 Menschen kürzlich gegen die jüngsten Angriffe Israels demonstriert.

Die Schwesterorganisationen der SAV im Nahen Osten – Israel, Palästina und Libanon – sind aktiver Bestandteil der Antikriegsbewegung. In Israel beteiligt sich die Tnu`at Maavak Sotzyalisti/Harakat Nidal Eshteraki (Bewegung Sozialistischer Kampf) an gemeinsamen Protesten von jüdischen und arabischen Israelis gegen den Krieg und für das Selbstbestimmungsrecht der PalästinenserInnen.

### Arbeitereinheit

Auch in Israel gibt es oben und unten. Auch dort existiert eine Klassengesellschaft. Und die dortigen Klassengegensätze spitzen sich rapide zu. Während die Reichen immer reicher werden, lebt ein Drittel der Kinder heute in Armut. Es existiert eine gewaltige Wut gegenüber der Regierung aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Probleme, der Korruption und einer sich verschlechternden Sicherheitslage.

Die israelischen ArbeiterInnen haben das Potenzial, sich zu einer kraftvollen und entscheidenden Kraft gegen die herrschende Klasse zu entwickeln. Solange

### Dafür kämpft die SAV:

- Für das sofortige Ende der israelischen Angriffe. Für das sofortige Ende der Belagerung
- Für den Aufbau der Antikriegsbewegung im Nahen Osten und international
- Kein Vertrauen in die Großmächte oder die UNO
- Für den Aufbau unabhängiger Arbeiterorganisationen in Israel und Palästina – gegen Unterdrückung, Krieg und Kapitalismus
- Für ein selbstständiges sozialistisches Palästina und ein sozialistisches Israel als Teil einer freiwilligen und demokratischen sozialistischen Föderation im Nahen Osten

die israelischen JüdInnen von kapitalistischen Politikern regiert werden, die naturgemäß ein Interesse daran haben, den nationalen Konflikt immer wieder auf Neue zu nutzen, werden sie niemals aus dem Teufelskreis der Gewalt herausfinden.

Der massenhafte Widerstand der PalästinenserInnen gegen Besatzung und Krieg muss mit einem Appell an israelische Beschäftigte und Erwerbslose – unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts für die israelisch-jüdische Bevölkerung - verbunden werden, für eine gemeinsame und demokratische Lösung zu kämpfen.

Auf kapitalistischer Basis wird das nicht gelingen. Darum treten die SAV und das CWI für ein sozialistisches Israel und ein selbstständiges sozialistisches Palästina – als Teil einer freiwilligen und demokratischen sozialistischen Föderation im Nahen Osten – ein.

## Veranstaltung der SAV

# Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo** der **solidarität – SOZIALISTISCHE ZEITUNG** mit einer monatlichen Spende von \_\_\_ Euro (ab 3 € pro Monat)
- Ich will Mitglied der SAV werden

.....  
PLZ und Ort

.....  
Telefon/E-Mail

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 € /20 € oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

.....  
Name KontoinhaberIn

.....  
Kontonummer

.....  
Bank

.....  
Bankleitzahl

.....  
Datum

.....  
Unterschrift

.....  
Name

.....  
Straße

Bitte ausschneiden und senden an:  
SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder  
Fax: 030 – 247 238 04

